

Beitrag für

Niessl/Pelinka/Toth/Vranitzky (Hg.) (2004): *Brücken bauen – Fred Sinowatz zum 75. Geburtstag*, S 91 ff, Graz

Die Fähigkeit das Leben glücklich zu gestalten

Dr. Fred Sinowatz als der wegweisende Kulturpolitiker der Zweiten Republik

von Michael Wimmer

Die Konzentration der politischen Analyse auf die Jahre der Kanzlerschaft 1983 – 1986 verstellt in der Öffentlichkeit gerne den Umstand, dass Dr. Fred Sinowatz zu den großen und wegweisenden Kulturpolitikern dieses Landes zählt. Vor allem in seiner Tätigkeit als Unterrichts- und Kunstminister zwischen 1971 und 1983 verstand er es, wie wohl keiner vor und auch nach ihm, einen breiten öffentlichen Diskurs zum Thema Kunst und Kultur zu entfachen, diesen auch zu steuern und damit einen institutionellen und strukturellen Konstitutionsprozess kulturpolitischer Maßnahmen in Gang zu setzen, der bis heute nachwirkt.

Gerade im aktuellen Gegenwind eines neu entfachten liberal-konservativen Kulturkampfes, deren Exponenten versuchen, das gesellschaftspolitische Rad zurückzudrehen und damit viele seiner kulturpolitischen Errungenschaften rückgängig zu machen oder ganz zu zerstören, lohnt es sich, die Kulturpolitik unter der Amtsführung von Fred Sinowatz noch einmal Revue passieren zu lassen. Immerhin lassen sich aus diesem, auch in weiten Teilen der Sozialdemokratie verschütteten Erbe Anleitungen für eine künftige kulturpolitische Praxis auch unter den veränderten gesellschaftlichen und damit sozialen und kulturellen Bedingungen gewinnen. Da die kulturpolitischen Qualitäten von Fred Sinowatz als Kulturlandesrat für das Burgenland anderweitig gewürdigt werden, beschränkt sich dieser kurze Beitrag ausschließlich auf die wesentlichen Beiträge auf Bundesebene.

Am Anfang war die Aufbruchsstimmung

Trotz mancher aktueller Drohgebärden eines wieder auferstandenen engstirnigen und revanchistischen Konservativismus ist für viele Bürger die geistige Enge, die das Nachkriegs-Österreich bis weit in die 60er Jahre hinein bestimmt hat, heute kaum mehr nachvollziehbar. Immerhin stand die bis 1970 von der ÖVP dominierte Kulturpolitik ganz im Zeichen eines elitären, nicht transparenten und - in der damaligen politischen Terminologie - auf Affirmation abzielenden Begriffs von Hochkultur. Vielen, vor allem kritischen Künstlern blieb nur die Emigration oder die subkulturelle Existenz, etwa in „informellen Gruppen (vgl. Schwendter 1982 und 2003). Dass aus diesen später weltweit anerkannte künstlerische Projekte, u.a. der Wiener Aktionismus, hervorgehen sollten, gehört zu den großen kulturpolitischen Ironien dieses Landes. Ihr künstlerisches Wollen setzte auf „Verschmelzung von Arbeit und Spiel,... künstlerische Gestaltung der Umwelt....Einheit von Technik und Experiment in einer „Gesellschaft als Kunstwerk“ (Keller 1983, 19). Behindert wurden diese künstlerische Gesellschafts-Experimente durch einen „lähmenden gesamtgesellschaftlich herrschenden Konsens“, der zeitgenössisches Kunst- und

Kulturschaffen „nur als der Tendenz nach kriminell oder psychopathisch wahr(zu)nehmen vermochte (Schwendter 1982, 70).

Nach diesen Jahren der Unterdrückung und Ausgrenzung hofften viele KünstlerInnen und Intellektuelle, vor allem die junge Generation, die in der studentischen 68er Bewegung politisch sozialisiert worden war, dass „mit Kreisky (und seinem Team) frische Luft...den Modergestank eines altdeutsch möblierten Wohnzimmers namens Österreich (Roth 1985, 44) vertreiben würde.

Der historische Wahlsieg der Sozialdemokratie 1970/71 stand dann auch ganz im Zeichen eines umfassenden gesellschaftspolitischen Reformanspruches, der auch die Kulturpolitik in seinen Bann zog. Bereits in seiner ersten Regierungserklärung stützte sich Bruno Kreisky auf eine „Kulturpolitik im weitesten Sinn“ (Regierungserklärung 1970, 28), der er in Zusammenarbeit mit einer „politisch wachen und politisch mobilen Jugend“, die „sich mit ganzer Respektlosigkeit gegen das Bestehende, gegen das Etablierte wendet“ (Regierungserklärung 1970, 23), ein hohes Maß an gesellschaftsverändernder Kraft zusprach. Dieser Anspruch auf Gesellschaftsveränderung zielte auf einen Prozess umfassender Modernisierung und Demokratisierung, der in einer „sanften Revolution“ von der politischen Demokratie über die Installierung des Wohlfahrtsstaates zur sozialen Demokratie unaufhaltsam fortschreiten werde, um so die sozialdemokratische Reformqualität in eine „neue Gesellschaftsqualität“ umschlagen zu lassen (Blecha 1982, 11 und Blecha 1985, 4)

Zur zentrale Figur im Konstitutionsprozess einer österreichischen Kulturpolitik in den Jahren der SPÖ-Alleinregierung avancierte bald Fred Sinowatz, der mit von 1971 bis 1983 das Amt des Bundesministers für Unterricht und Kunst bekleiden sollte.

Im Zentrum seiner kulturpolitischen Überlegungen stand – ausgehend von seinen kulturpolitischen Erfahrungen im wirtschaftlich, sozial und kulturell vielfach benachteiligten Burgenland - die soziale Dimension jeglicher Gesellschaftsreform. Nicht um die Etablierung einer sozialistischen Kultur ging es ihm, sondern um die politische Organisation eines unabschließbaren Prozesses der Veränderung der Gesellschaft zu immer mehr Gerechtigkeit, Wohlfahrt und Gleichheit (Sinowatz 1977, 8). In der allgemeinen Aufbruchseuphorie verband er damit die Vorstellung einer permanenten gesellschaftlichen Evolution, nach der die gesellschaftliche Entwicklung „von der Wohlfahrt, d.h. von der Sozialpolitik, über den Wohlstand, d.h. von der materiellen ökonomischen Seite des Lebens, zum immateriellen Wohlbefinden, zur Befähigung, das Leben glücklich zu gestalten“, führen würde (Sinowatz 1977, 11).

Seine Kulturpolitik basierte auf einem – aus der deutschen Diskussion übernommen - „weiten Kulturbegriff“ (Hoffmann 1979) als „Möglichkeit der Gesellschaft zu ihrer Humanisierung“ (Sinowatz 1977, 8). Derart begründet verstand Sinowatz Kulturpolitik als „sinnvolle Fortsetzung von Sozialpolitik“ (Sinowatz 1981, 6) zielte mithin darauf ab, mit staatlichen Maßnahmen die Voraussetzungen dafür zu schaffen, „dass der einzelne in die Lage kommt, sein Leben zu kultivieren – d.h. glücklich und sinnvoll zu gestalten (Sinowatz 1977, 11).

Diese Vorgaben schlugen sich auch in der Formulierung des neuen Parteiprogramms der Sozialdemokratie 1978 nieder. Dort bekennt sich die SPÖ noch einmal zu einer „umfassenden Kulturpolitik“ (Parteiprogramm 1978, 70) und definiert sich als „eine Kulturbewegung, die durch den Aufbau einer sozialen, gerechten Gesellschaft die

Entfremdung des Menschen in allen Lebensbereichen überwinden und seine Entfaltung fördern will“.

Zwischen den Fronten: Sozialistische versus liberale Kulturpolitik

In seiner kulturpolitischen Programmatik sah sich Fred Sinowatz immer wieder „Kritik von links“ von all jenen ausgesetzt, die auf der Suche nach einer sozialistischen Kultur waren. Ihnen ging es vorrangig darum, die überkommene bildungsbürgerliche Trennung von Kultur und Ökonomie aufzuheben, um eine sozialistische Kultur als „prinzipiell neue Möglichkeit des menschlichen Existierens“ in einer Gesellschaftsform jenseits kapitalistischer Zwangs- und Herrschaftsverhältnisse (Herrmann 1972, 79) zu etablieren: „Sozialist sein heißt eine neue Kultur suchen“. Zu den „Hauptgegnern“ dieser ideologischen Strömung innerhalb der SPÖ zählten die etablierten Institutionen der Hochkultur. Diese wurden als Garanten des Fortbestands bürgerlich-konservativer Hegemonie ausgemacht. „Schlachtet die heiligen Kühe!“ (Staininger 1973, 25) lautete ein Kampfruf Otto Stainingers in der Zukunft: Die bestehende Kulturlandschaft sei durch „gigantische Blöcke des feudalen und bürgerlichen Kulturerbes verstellt“, die nach wie vor an der Macht befindlichen „bürgerlichen Kulturpäpste“ verhinderten jegliche fortschrittliche Kulturpolitik; ihnen gälte es, eine Kulturrevolution aller „Leidtragenden der herrschenden verdinglichten Kultur“ entgegen zu setzen.

Diese fand dann in erster Linie verbal statt, u.a. in Form einer Reihe von Gstanzen „Trara, Trara, die Hochkultur“ im Neuen Forum (Neues Forum 1975, Nr. 280 und 281), verfasst vom damaligen engen Büromitarbeiter Fritz Herrmann. Die Veröffentlichung dieses witzig-provokanten Pamphlets zwang Fred Sinowatz, nach Salzburg zu pilgern und sich bei Herbert von Karajan zu entschuldigen, ein Vorgang, der das Verhältnis zwischen Fred Sinowatz und Fritz Herrmann dauerhaft erschütterte. Faktisch geändert haben diese Eklats an der Dominanz der großen Kunst- und Kultureinrichtungen wenig, konzeptiv aber haben sie wesentlich zur öffentlichen kulturpolitischen Diskussion beigetragen, die in dieser Dynamik und Breite vor und auch nach der Ära Sinowatz nicht wieder aufleben sollte.

Immerhin haben eine Reihe von kulturpolitischen Maßnahmen, vor allem im Bereich kulturellen Bildung und Kunst-Vermittlung dazu geführt, dass die Angebote dieser „Kulturanker“ seither von wesentlich mehr Menschen wahrgenommen werden können und auch werden.

Kritik an Sinowatz' kulturpolitischen Vorstellungen kam naturgemäß auch von konservativer Seite. Diese richtete sich vorrangig gegen das „erfrischende Klima der Liberalität“ (Regierungserklärung 1983, 41). Fred Sinowatz setzte auf Pluralität der künstlerischen Ausdrucksformen; kritisches Kulturschaffen sollte nicht nur nicht mehr kriminalisiert sondern sogar zunehmend in die staatliche Kunstförderungspraxis integriert werden. Und er engagierte sich entschieden, wenn es darum ging, im Streit mit den „Kulturbremsen“ (Wegerth/Jensen 1978) jeder Art der Bevormundung der Kunst entgegenzutreten; etwa in den Fällen „Alpensaga“, „Proletenpassion“, „Staatsoperette“, „Dramatisches Zentrum“, „steirischer Herbst“ oder „Souffleurkastenreihe“.

Folgerichtig stellt – nach mehrjähriger parlamentarischer Diskussion - die Verankerung des Artikels 17a „Freiheit der Kunst“ in der Bundesverfassung 1982

einen der Höhepunkte von Fred Sinowatz als Kulturpolitiker dar: „Das künstlerische Schaffen, die Vermittlung von Kunst sowie deren Lehre ist frei“. Die SPÖ hatte dazu noch mit einem Zusatz die Forderung einer Förderungsverpflichtung durch alle Gebietskörperschaften eingebracht, die aber seitens der Länder und damit der Oppositionsparteien abgelehnt wurde (Als Ersatz dafür wurde 1988 das Kunstförderungsgesetz des Bundes als Form der öffentlichen Selbstbindung als selbstbindende, aber einfach gesetzliche Regelung verabschiedet).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Sinowatz kulturpolitisches Selbstverständnis drei charakteristische Merkmale aufwies, die es lohnen würden, sie auch für künftige Perspektiven zu berücksichtigen: Die Ära Sinowatz stand für

- einen umfassenden Kulturbegriff, der keine gesellschaftliche Lebensäußerung ausspart,
- für die Vorstellung von Kulturpolitik als ein „Prinzip“ jeder Politik (im Gegensatz zur Ressortpolitik in engen Kompetenzgrenzen) und
- für eine umfassende qualitative Zielvorstellung von einem „guten Leben“, das die Sinn- und Glücksfrage miteinschließt.

Eine solche kulturpolitische Ausrichtung ermöglichte im Verlauf der 70er Jahre – trotz aller tagesaktuellen Kontroversen - ein Maß an Übereinstimmung (nicht an Einverständnis) zwischen der Sozialdemokratie und dem bürgerlichen Lager in grundsätzlichen kulturpolitischen Fragen, das für den Konstitutionsprozess von Kulturpolitik bis zum Ende der 70er Jahre von großer Bedeutung war:

- im Hinblick auf die insgesamt gestiegene Aufmerksamkeit, die die Politik der „Kultur“ entgegenbrachte,
- in der gemeinsamen Verwendung eines weiten und formal bestimmten Kulturbegriffs, sei es im Sinne der „Humanisierung der Gesellschaft“ seitens der SPÖ oder im Sinne von Kultur als „Fähigkeit zur Lebensgestaltung“ seitens der ÖVP,
- im gemeinsamen Interesse an der Wahrung des kulturellen Erbes und
- in der gemeinsamen Überzeugung, dass Bildung die Voraussetzung für die Teilnahme am kulturellen Geschehen ist.

Die sich verschärfende Wirtschaftskrise ab dem Beginn der 80er Jahre, gepaart mit rasch steigenden Arbeitslosenzahlen führte innerhalb der SPÖ zu schwindender politischer Gestaltungskraft und damit auch schwindender kulturpolitischer Handlungskompetenz. Dazu kam das Auftauchen der neuen, vor allem ökologisch orientierter Bewegungen, die zunehmend in Widerspruch mit der von der SPÖ und der Gewerkschaftsfraktion geforderten Aufrechterhaltung einer strukturkonservativen Wachstumspolitik standen. Die Entscheidung zur Konzentration auf die traditionellen Kernschichten sorgte zusammen mit einer Reihe von Skandalen für eine tendenzielle Aushöhlung der moralischen Integrität der bis dahin unbestrittenen Reformkraft SPÖ, für die Fred Sinowatz wie kaum ein anderer sozialdemokratischer Politiker seiner Zeit gestanden ist und bis heute steht. Die dadurch verursachte ideologische Defensive - aus der sich die SPÖ seither nicht mehr erholt hat – ließ vor allem bei jungen Menschen, den gerade durch die gesellschaftlichen Reformfolge der 70er Jahre produzierten „neuen Mittelschichten“ als Träger eines „Wertewandels“ und wohl auch vielen KünstlerInnen und Kulturschaffenden die Hoffnung auf weitere Reformfolge durch die SPÖ schwinden.

Im Nachvollzug lässt sich vermuten, dass gerade die politische Unfähigkeit - so wie zu Beginn der 70er Jahre - auf das widerständige, manchmal auch sehr widersprüchliche kulturpolitische Potential der neuen sozialen Bewegungen („Arena“, „Autonome Kulturinitiativen“, „Friedensbewegung“, „Antiatom-Bewegung“,...) zuzugehen, deren Energien zu nutzen und für die eigenen gesellschaftspolitische Perspektiven produktiv zu machen, wesentlich zur nachhaltigen Verarmung der politischen Inhalte der Sozialdemokratie in der Folge beigetragen hat.

Reformen im Bereich der staatlichen Kunstförderung

Dieser tendenzielle ideologische Niedergang der Sozialdemokratie, der die Zeit nach Fred Sinowatz kennzeichnet, darf nicht vergessen machen, dass er gerade in seiner engeren Ressortkompetenz als Kunstminister Marksteine gesetzt hat, die weit über seine Amtszeit Gültigkeit erlangt haben. Im Zeichen einer neuen „Transparenz“ wurden bereits ab 1971 jährliche Kunstberichte veröffentlicht und im Parlament diskutiert. Schon im ersten Bericht ist u.a. von der Inangriffnahme der „Durchleuchtung der Strukturen des gesamtösterreichischen Kultur- und Subventionsbetriebs“, von „Kunstförderung auf breitester demokratischer Basis“ sowie vom Bedarf einer „Grundlagenforschung im kulturellen, speziell im Kunstbereich....mit dem Ziel einer demokratischeren Durchblutung des gesamtösterreichischen Kulturkörpers“ die Rede.

Sinowatz persönlich sprach sich immer wieder für mehr Transparenz der bundesstaatlichen Förderungsmaßnahmen, für eine Demokratisierung der Mittelvergabe sowie für die Bereitstellung objektiver Grundlagen für die künftige Mittelvergabe aus (Sinowatz 1974, 1). Seither geben die Kunstberichte Auskunft über Höhe und Art der Subventionsvergabe, erarbeiten Jurorenkollegien und Beiräte den verantwortlichen Ministern Subventionsempfehlungen und auch zwei Studien zur „Grundlagenforschung im kulturellen Bereich“ (ifes 1975) wurden in seiner Amtszeit beauftragt.

Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang vor allem die Verabschiedung eines „Kulturpolitischen Maßnahmenkataloges“ 1975 (Kunstbericht 1975, 34 – 38), der erstmals in der Zweiten Republik nicht nur die Förderung der ganzen Vielfalt der Kunstproduktion und ihrer Präsentation sondern ebenso die Verbesserung des Kulturverhaltens der Bevölkerung zu einer wesentlichen Leitlinie staatlicher Kulturpolitik machen sollte. Immerhin hatte die erste Grundlagenstudie ergeben, dass die Beseitigung der „kulturellen Unterversorgung“ und des „mangelnden Kulturbewusstseins breiter Bevölkerungsschichten“ das vordringliche kulturpolitische Problem darstellen würden. Diese Analyse hat ihren Niederschlag auch in der Formulierung des ersten Kunstförderungsgesetzes 1988 gefunden, das gleichrangig die Förderung des künstlerischen Schaffens *und* seiner Vermittlung vorsieht. Bereits § 1 (2) sieht vor, dass „die Förderung (..) danach zu trachten (habe), (dass) die Kunst allen Bevölkerungskreisen zugänglich zu machen“ (BGBl.146/1988) ist. Entstanden ist daraus ein Kunst-Vermittlungsanspruch, der seither von immer mehr Kunst- und Kultureinrichtungen in ihrer Publikumpolitik berücksichtigt wird.

Kulturpolitik ist Bildungspolitik

Diese von Fred Sinowatz eingeleitete Entwicklung repräsentiert einen kulturellen Erziehungsauftrag des Staates wodurch Bildungspolitik zum Herzstück einer demokratischen Kulturpolitik mutierte. Vor allem durch neue kulturpolitische Maßnahmen im Schul-, Erziehungs-, und Bildungswesen sollte eine nachhaltige Verbesserung des Kulturverhaltens erreicht werden. Dazu zählten u.a. ein Förderungsschwerpunkt „Zielgruppe junge Menschen“, die verstärkte Nutzung der kulturellen Möglichkeiten der Audiovision, Maßnahmen der kulturellen Erziehung und zur Verbesserung des Leseverhaltens sowie die Gründung des Österreichischen Kultur-Service (ÖKS) als einer Schnittstelle zwischen dem Kunst-, Kultur- und Bildungsbereich zur Erleichterung der Begegnung zwischen Künstlern und Nichtkünstlern. Vor allem der ÖKS vermochte sich nachhaltig als eine Vermittlungsstelle zwischen Kultur- und Bildungseinrichtungen zu etablieren. Seine Serviceleistungen ermöglichten einer Vielzahl von vor allem jungen Menschen, mit KünstlerInnen aller Sparten direkt in Kontakt zu treten und mit ihrer eigenen Kreativität aktiv am kulturellen Leben teilzunehmen. Dass gerade diese Einrichtung in diesen Tagen durch eine konservative Kulturpolitik zerstört wird, zeugt vom politischen Willen, sich - entgegen den bestehenden gesetzlichen Regelungen - von diesem staatlichen Bildungsauftrag wieder zu verabschieden und Kultur künftig wieder zur Privatsache einer auf Distinktionsgewinne abzielenden Kultur-Schickeria zu erklären.

Naturgemäß konnte sich Fred Sinowatz als Bundeskanzler nicht mehr im selben Ausmaß kulturpolitischen Fragen widmen wie er das als Bundesminister getan hat. In seiner Bescheidenheit hatte er schon zuvor seine eigenen kulturpolitischen Erfolge relativiert. So meinte er in einer Parlamentsrede 1981: „Alles was wir in der Kulturpolitik getan haben, war, die die Segel einem günstigen Wind entsprechend zu setzen“. Das hängt wohl auch mit der Einsicht zusammen, dass die Verkleinerung der budgetpolitischen Spielräume spätestens ab dem Ende der 70er Jahre den formulierten utopischen Zielvorstellungen immer widersprüchlicher gegenüberstanden. Statt dessen konzentrierte sich er sich als Bundeskanzler auf die Beibehaltung des Anspruchs auf technologische Modernisierung als notwendige Voraussetzung jeglicher Kulturentwicklung. Denn im Falle des Scheiterns, so seine Befürchtung, drohe die Abkopplung Österreichs von der Weltwirtschaft, das allmähliche Hinabgleiten im Lebensstandard, im günstigsten Fall die Ausgestaltung Österreichs zu einem riesigen Museum.....(Sinowatz 1985, 26). Eine prophetisches Bild, dem wir heute näher sind als manche ahnen wollen.

Resümee und Ausblick

Sinowatz kulturpolitisches Engagement war Teil seines sozialen Engagements. Seine Bemühungen auch und gerade in diesem Politikfeld waren darauf gerichtet, möglichst alle Menschen aktiv und passiv am kulturellen Leben teilhaben zu lassen und zur Sicherung eines kulturell reichen und vielfältigen Gemeinwesens auch die dafür notwendigen staatlichen Maßnahmen bereit zu stellen. Ideologisch bedeutete das für ihn, Kultur sukzessive den unmittelbaren Marktzwängen zu entziehen und als besondere Qualität einer „kulturellen Demokratie“ allen Menschen, ungeachtet ihrer sozialen Stellung, in der ihnen gemäßen Weise verfügbar zu machen.

Konträr dazu erleben wir heute die Ökonomisierung möglichst aller kulturellen Ausdrucksformen bei gleichzeitiger Verarmung des Gemeinwesens, außerhalb dem ein perspektivloser Individualismus immer seltsamere Blüten treibt. Viele der

kulturpolitischen Errungenschaften, die Fred Sinowatz und seine Mitstreiter in den 70er Jahren erkämpft haben, waren als fixe Leitlinien prägend und maßstabgebend für seine sozialdemokratischen Nachfolger im Amt. Erst einer liberal-konservativen Kulturpolitik, die zu Beginn des Jahres 2000 eine lange Phase großkoalitionärer Stagnation ablöste, blieb es vorbehalten, diese Errungenschaften zur Disposition zu stellen und in der Absicht, Kultur zur Privatsache umzudeuten, das öffentliche Gut der Kultur nachhaltig zu beschädigen.

Angesichts immer größerer sozialer Differenzen, die die Chancen für immer mehr Menschen, am kulturellen Leben teilzunehmen, verschlechtern, ist es höchste Zeit, im Sinne von Fred Sinowatz eine Neuformulierung eines staatlichen Bildungsauftrages als Ausgangspunkt einer perspektivischen Kulturpolitik zu versuchen. Angelehnt an die Erfahrungen der frühen 70er Jahre wird der Erfolg wesentlich davon abhängen, inwieweit es gelingt, offen und kooperativ gegenüber den neuen sozialen Bewegungen und ihren kulturellen Ansprüchen zu sein.

Wegweisend dafür könnte die unverbrüchliche politische Haltung dieses herausragenden Kulturpolitikers sein, der sich auch angesichts der aktuellen kulturpolitischen Zerstörungswut nicht in die Defensive drängen lässt. Anlässlich der Gründung von Educult, eines ÖKS-Nachfolgeprojektes, das den kulturpolitischen Anspruch auf kreative, kulturelle und künstlerische Bildung für möglichst alle Menschen auf zeitgemäße Weise weiterentwickeln möchte, ließ er es sich nicht nehmen, der Sozialdemokratie einen Rat mit auf den weiteren Weg mitzugeben: „Kulturpolitik als eine umfassende gesellschaftspolitische Aufgabe war mir stets ein wichtiges Anliegen. Ich glaube ja, dass dieser Politikbereich längerfristig *die* sozialdemokratische Vision sein wird“. Es wird an uns liegen, dass Fred Sinowatz mit dieser Vision Recht behält.

Literaturhinweise

- Blecha, Karl, Zielpunkte: Modernisierung und Demokratisierung, S 11ff, in: Fischer, Heinz (Hg.), Rote Markierungen `80, Wien 1982
- Blecha, Karl, Die sanfte Revolution, in: Zukunft, Nr. 5, S 5ff.
- Bundesministerium für Unterricht und Kunst (Hg.), Kunstbericht 1975
- Herrmann, Fritz, Einen sozialistischen Kulturbegriff entwickeln, in: Rote Markierungen, Wien 1972
- Herrmann, Fritz, Trara, Trara, die Hochkultur, in: Neues Forum 1975, Nr. 280 und 281, 1977
- Institut für empirische Sozialforschung (ifes) (Hg.); Grundlagenforschung im kulturellen Bereich, Wien 1975
- Keller, Fritz, Wien. Mai 1968. Eine heiße Viertelstunde, Wien 1983
- Kunstförderungsgesetz des Bundes BGBl. 146/1988
- Österreichische Bundesregierung, Regierungserklärung 1970
- Roth, Gerhard, Im eigenen Fett. Der Schriftsteller Gerhard Roth zur Lage der Nation, in: Die Zeit, Nr. 8/15, Februar 1985, S 44
- Schwendter, Rolf, Eine informelle Gruppe, in: Falter Stadtbuch, Wien 1982
- Schwendter, Rolf, Subkulturelles Wien, Wien 2003
- Sinowatz, Fred, Vorwort zum Kunstbericht 1974, Wien 1974
- Sinowatz, Fred, Kultur und Gesellschaft, in: Kultur und Gesellschaft (Zeitdokumente 10 des Renner-Institutes) Wien 1977
- Sinowatz, Fred, Kulturpolitik für alle, in: Kulturpolitik (Zeitdokumente 23 des Renner-Institutes) Wien 1981
- Sinowatz, Fred, Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik – Die permanente Herausforderung, in: Novotny, Ewald/Tieber, Herbert (Hg.), Perspektiven `90, Wien 1985
- Sozialdemokratische Partei Österreichs (Hg.), Parteiprogramm 1978

Staininger, Otto, Schlachtet die heiligen Kühe!, in: Zukunft Nr. 11, S 22 f, Wien 1973
Wegerth/Jensen, Die Kulturbremsen (Zeitdokumente 17 des Renner-Institutes) Wien 1978